



An den Grossen Rat

15.0056.01

ED/P150056

Basel, 28. Januar 2015

Regierungsratsbeschluss vom 27. Januar 2015

## **Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2013**

# Inhalt

<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>3</b>
<b>1. Gesetzlicher Rahmen.....</b>	<b>4</b>
1.1 Das Bundesgesetz von 2002 .....	4
1.2 Das kantonale Gesetz von 2007 und die Änderungen von 2009 .....	5
<b>2. Einflussfaktoren .....</b>	<b>5</b>
<b>3. Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II.....</b>	<b>6</b>
3.1 Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule.....	6
3.2 Basler Jugendliche im Bildungsjahr 10 .....	7
<b>4. Berufliche Grundbildung .....</b>	<b>8</b>
4.1 Generelle Lehrstellenentwicklung nach Ausbildungstyp.....	8
4.2 Berufsgruppen.....	9
4.3 Lehrverträge nach ausgewählten Berufsgruppen .....	11
4.4 Basels Zentrumsfunktion und die Folgen.....	12
4.5 Beteiligung nach Nationalität .....	13
4.6 Auflösung von Lehrverträgen .....	14
4.7 Gap, Case Management Berufsbildung .....	14
4.8 Lehrabschlussprüfungen.....	17
4.9 Berufsmaturität.....	18
<b>5. Berufsabschluss für Erwachsene.....</b>	<b>20</b>
5.1 Vier Wege zum Berufsabschluss .....	20
5.2 Beratungsstelle .....	21
5.3 Teilnehmende .....	21
<b>6. Fördermassnahmen .....</b>	<b>22</b>
6.1 Lehrstellenförderung .....	22
6.2 Förderung der Berufsbildung .....	23

## Zusammenfassung

Gemäss kantonalem Berufsbildungsgesetz berichtet der Regierungsrat dem Grossen Rat jährlich über die Lehrstellensituation und die berufliche Nachholbildung von Erwachsenen. Am 27. Januar 2015 hat der Regierungsrat den vorliegenden Lehrstellenbericht 2013 verabschiedet.

**Hauptmerkmale der Lehrstellensituation 2013** sind:

- Ein **auf hohem Niveau stabiles Lehrstellenangebot** bei gleichzeitig leicht abnehmender Zahl der Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren (Seite 6).
- Ein weiterhin **relativ kleiner Anteil von Schulaustretenden, die direkt in eine Berufslehre einsteigen**, ein hoher Anteil wählt ein 10. Schuljahr oder ein anderes Brückenangebot (Seite 8).
- Eine **leichte Zunahme der Bildungsteilnehmenden auf Stufe 10** (ein Jahr nach Abschluss der obligatorischen Schule). Dabei ist die Anzahl Jugendlicher in Brückenangeboten leicht gestiegen, die Berufsbildung blieb mehr oder weniger unverändert. Die FMS verzeichnete konstante Schülerzahlen und bei den Gymnasien sanken die Schülerzahlen (Seiten 7 und 8).
- Eine **leichte Zunahme des Gesamtbestands an Lehrverträgen**, wobei die Anzahl der EFZ-Lehrverträge nur gering anstieg, diejenige der EBA-Lehrverträge leicht mehr (Seiten 10 und 11).
- Bei den **EFZ-Ausbildungen** sind die in Basel wohnhaften Jugendlichen untervertreten, bei den **EBA-Ausbildungen** sind sie mit über der Hälfte **stark vertreten** (Seite 13).
- **Konstant** blieb der **Anteil der Lernenden mit Wohnsitz Basel-Stadt** – gesamthaft gab es in Basel etwas mehr Lernende als im Vorjahr (Seite 13).
- Ein **leichter Rückgang der Lernenden mit schweizerischem Pass** und eine **Zunahme der Lernenden ausländischer Herkunft**, wobei die Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern an der dualen Berufsbildung weiterhin unterproportional ist (Seiten 14).
- Die **Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen EFZ sank** gegenüber dem Vorjahr um 5 %, bei den EBA um 2 % (Seite 18).
- Die **Beteiligung an der BM** blieb **praktisch unverändert**, mit einer **Verschiebung von der BM 1 in die BM 2**. Die **BM-Quote** liegt im Schweizer Vergleich **weiterhin tief** (Seite 19).

Die **Anzahl der Lernenden mit Lehrvertrag** hält sich im Kanton Basel-Stadt **auf konstant hohem Niveau**, und liegt seit 2007 bei rund 5'400 Lehrstellen. Das zwischen 2004 und 2007 zu beobachtende Lehrstellenwachstum ist auf die Schaffung der Attestlehrstellen (EBA) zurückzuführen. Die Schere zwischen dem Lehrstellenangebot und der Anzahl Jugendlicher zwischen 15 bis 19 Jahren öffnet sich weiter. Die Ausbildungschancen der Schulaustretenden sind deshalb gut, auch aufgrund des grossen Angebots an Attestlehrstellen. Lehrbetriebe bzw. einzelne Branchen, die anspruchsvolle Ausbildungen anbieten, haben jedoch Mühe, ihre Lehrstellen zu besetzen. Deshalb sind die seit 2012 laufenden Anstrengungen, die Berufslehre mit der Berufsmaturität zu fördern, auch nach Abschluss der zweijährigen BM-Kampagne weiter zu verfolgen.

Die **Zahl der Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Nachholbildung von Erwachsenen** blieb im Berichtsjahr gegenüber 2012 **unverändert**. Im kaufmännischen Bereich gab es – vermutlich aufgrund der Einführung eines Aufnahmetests für die Vorbereitungskurse der Anbieterschule – einen Rückgang. Ob sich die Nachholbildungen künftig bei rund 180 Berufsabschlüssen (wie 2012 und 2013) pro Jahr einpendeln, ist nicht abschätzbar, da diese Zielgruppe – sowohl bezüglich Alter als auch persönlicher Situation – sehr heterogen ist.

## 1. Gesetzlicher Rahmen

Die Berufsbildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Wirtschaft. Das System wird sowohl bezüglich der Inhalte und Dauer der Ausbildungen als auch in Bezug auf die Anzahl Lehrstellen von der Wirtschaft gesteuert. Das Bundesgesetz und die kantonalen Einführungsgesetze regeln die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteure. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erlässt auf Antrag der Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände) die Bildungsverordnungen der einzelnen Lehrberufe, von denen rund 250 zur Wahl stehen. Ausbildungsziel ist die Erlangung der Arbeitsmarkttauglichkeit.

### 1.1 Das Bundesgesetz von 2002

Das Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) wurde am 13. Dezember 2002 beschlossen und die Verordnung des Bundesrats über die Berufsbildung (BBV) am 19. November 2003 verabschiedet. Gesetz und Verordnung sind seit dem 1. Januar 2004 in Kraft.

Grundlage für die Erarbeitung des Bundesgesetzes bildete der Bericht des Bundesrats über die Berufsbildung vom 11. September 1996. In jenem Jahr erreichte eine landesweite Lehrstellenkrise ihren Höhepunkt. Ein konjunkturell bedingter Beschäftigungsrückgang während der ersten Hälfte der neunziger Jahre bewirkte einen sukzessiven Abbau von Lehrstellen. Gleichzeitig drängten infolge der demografischen Entwicklung mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf den Lehrstellenmarkt. Eine für viele ausbildungsfähige und -willige Jugendliche fatale Schere öffnete sich.

Das über Jahrzehnte hinweg ohne grössere Probleme funktionierende Berufsbildungssystem kam auch durch andere Entwicklungen unter Druck: Zum Beispiel durch die Globalisierung und den beschleunigten technologischen und strukturellen Wandel auf Seiten der Unternehmen, durch die Tertiarisierung und die zunehmende Akademisierung der Arbeitswelt, durch den Wandel der Bevölkerungsstruktur infolge der Migration und die Auswirkungen auf das Bildungswesen, vor allem in den Städten. Damit wurde auch die Sicherung der Qualität der Ausbildungen ein wichtiges Thema: Das Auseinanderklaffen von Anforderungen am Ausbildungsplatz einerseits und schulischem Leistungsvermögen der Auszubildenden andererseits.

Das Bundesgesetz von 2002 enthält im Vergleich zum Vorläufergesetz von 1978 eine ganze Reihe von Innovationen, zum Beispiel:

- Sicherstellung der Qualitätsentwicklung;
- Mindestanforderungen an die Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen;
- Zweijährige berufliche Grundbildung mit eidg. Berufsattest (EBA) als neuer Bildungstyp;
- Nachholbildung und Anrechnung von Kompetenzen, die ausserhalb geregelter Bildungsgänge erworben wurden;
- Förderung von benachteiligten Regionen und Gruppen sowie der Gleichstellung von Frau und Mann;
- Ablösung der bisherigen am Aufwand orientierten Subventionierung durch ein System von aufgabenorientierten Pauschalbeiträgen.

Im Bereich der beruflichen Grundbildung (Berufslehren) erlässt das SBFI Bildungsverordnungen (Art. 19 BBG). Es erlässt sie auf Antrag der Organisationen der Arbeitswelt (schweizerische Berufsverbände und Branchenorganisationen) und in Absprache mit allen Verbundpartnern. Die Bildungsverordnungen regeln insbesondere: Den Gegenstand und die Dauer der Grundbildung; die Ziele und Anforderungen der Bildung in beruflicher Praxis; die Ziele und Anforderungen der schulischen Bildung; den Umfang der Bildungsinhalte und die Aufgaben der Lernorte; die Qualifikationsverfahren (Prüfungen), Ausweise und Titel. Die Ausbildung findet an drei Lernorten statt:

1. Die Lehrbetriebe sind die Anbieter der berufspraktischen Ausbildung. Sie bedürfen einer Bildungsbewilligung des Kantons (Art. 20 BBG).
2. Die Berufsfachschulen – das sind in der Regel kantonale Schulen; die Kantone können aber auch private Schulen beauftragen – vermitteln den schulischen Ausbildungsteil. Dieser besteht aus berufskundlichem und allgemein bildendem Unterricht (Art. 21 f. BBG).
3. Die überbetrieblichen Kurse dienen der Vermittlung und dem Erwerb grundlegender Fertigkeiten. Sie ergänzen die berufspraktische und schulische Ausbildung, wo die zu erlernende Berufstätigkeit dies erfordert. Kursanbieter sind die Berufsverbände oder andere Organisationen der Arbeitswelt (Art. 23 BBG).

Die Kantone sorgen für die Koordination zwischen den Akteuren und die Aufsicht. Letztere umfasst unter anderem die Qualitätssicherung der praktischen und schulischen Ausbildung, die Prüfungen und die Einhaltung der Bestimmungen im Lehrvertrag (Art. 24 BBG).

## **1.2 Das kantonale Gesetz von 2007 und die Änderungen von 2009**

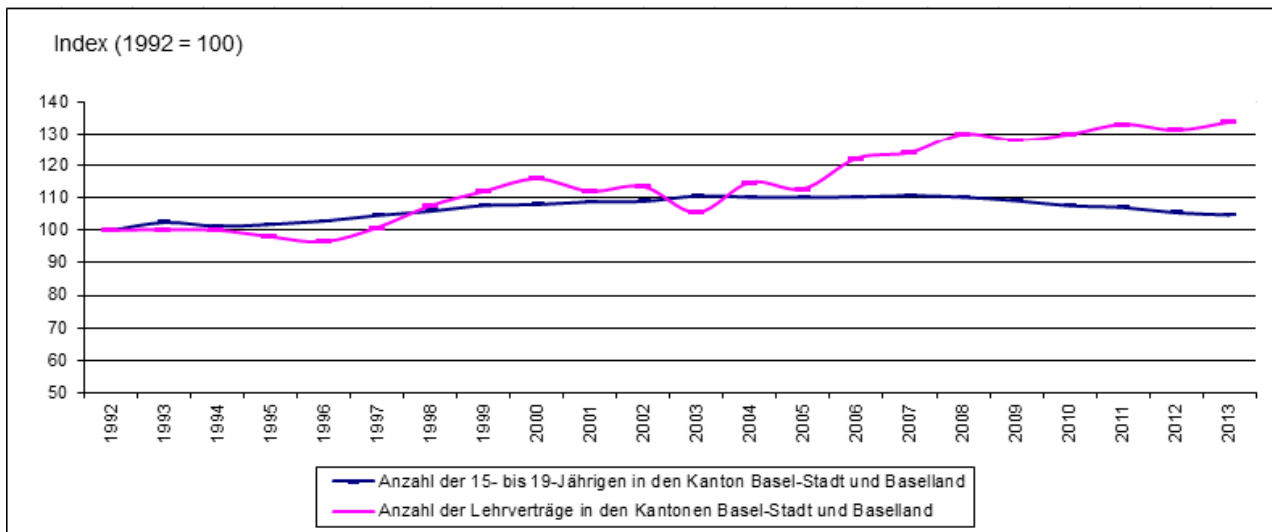
Das kantonale Gesetz über die Berufsbildung vom 12. September 2007 und die Berufsbildungsverordnung vom 19. Februar 2008 regeln die lokalen Besonderheiten der Umsetzung der bundesrechtlichen Bestimmungen wie zum Beispiel die verwaltungsinternen Zuständigkeiten, die Rolle der Berufsbildungs- und Fachkommissionen, die Aufgaben der Berufsberatung, die Kostenregelung bei ausserkantonalem Berufsfachschulbesuch und bezüglich Lehrmitteln, die Delegation der Prüfungsdurchführung an Organisationen der Arbeitswelt, die Beitragszahlungen und anderes mehr.

Mit der Gesetzesänderung vom 11. November 2009 als Reaktion auf die Volksinitiative für einen kantonalen Berufsbildungsfonds («Lehrstelleninitiative») wurde die langjährige erfolgreiche Praxis der Lehrstellenförderung festgeschrieben und somit, unter bestimmten Voraussetzungen, samt der Berichterstattung über die Lehrstellensituation zur Pflicht erklärt. Zudem wurden finanzielle Entlastungen zugunsten der Lehrbetriebe beschlossen. Der Kanton hat sich seither verpflichtet, den doppelten Betrag der interkantonal vereinbarten Pauschale für die Teilnahme der Lernenden an den überbetrieblichen Kursen zu zahlen sowie die Material- und Mietkosten, die bei der Durchführung der Lehrabschlussprüfungen anfallen, zu tragen.

## **2. Einflussfaktoren**

Das Lehrstellenangebot unterliegt dem wirtschaftlichen Strukturwandel und den Konjunkturzyklen. Nachfrageseitig stellt die demografische Entwicklung einen dominanten Einflussfaktor dar wie auch die Bildungspräferenzen der Jugendlichen und Eltern. Abbildung 1 zeigt, dass in den beiden eng verflochtenen Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft die langjährige Entwicklung der jährlich neu abgeschlossenen Lehrverträge von 1992 bis 2005 generell recht gut mit der demografisch bedingten Lehrstellennachfrage korrespondiert, mit wenigen, konjunkturell bedingten Abweichungen. Fällt der konjunkturell bedingte Arbeits- und Lehrstellenabbau mit einer Periode wachsender Bevölkerung in der relevanten Altersgruppe zusammen, kommt es zu «Lehrstellenkrisen» wie beispielsweise Mitte der neunziger Jahre. Umgekehrt, wenn Phasen wirtschaftlichen Wachstums mit einer demografischen Stagnation oder gar mit einem Rückgang einhergehen, «kehrt» der Lehrstellenmarkt und die Chancen der Lehrstellensuchenden auf einen Ausbildungsplatz verbessern sich. Eine solche Situation hat sich ab 2006 eingestellt und dauert bis heute an. Abbildung 1 illustriert die aktuelle Lehrstellensituation deutlich. Der Umstand, dass die Lehrvertragsabschlüsse trotz demografischem Rückgang weiter zugenommen haben, deutet auf das Vorhandensein eines erheblichen Rekrutierungspotenzials, auf das die Lehrbetriebe zurückgreifen können.

**Abb. 1: Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Entwicklung der Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren und der jährlichen Lehrvertragsabschlüsse<sup>1)</sup> seit 1992**



<sup>1)</sup> EFZ und EBA, ohne Anlehrverträge

Quellen: Statistische Jahrbücher Basel-Stadt und Basel-Landschaft; ED/Lehraufsicht

Seit einigen Jahren öffnet sich die «Schere» zwischen Lehrstellenangebot und Jugendlichen im Lehralter kontinuierlich weiter. Die Zahl der baselstädtischen Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren ist bei den Schweizerinnen und Schweizern um 103 gesunken, bei den Ausländerinnen und Ausländern um 47 gestiegen. Unter den Basler Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, sind viele Fremdsprachige in bildungsfernen Familien aufgewachsen. Gleichzeitig bewirkt der Strukturwandel in der Wirtschaft, dass die Anforderungen am Arbeits- und Ausbildungsplatz steigen. Es bleibt eine grosse Herausforderung, allen baselstädtischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine nachobligatorische Bildung zu gewährleisten. Zudem stellt sich für Lehrbetriebe, die Ausbildungsplätze mit hohem Anforderungsprofil anbieten, zunehmend die Frage, ob und wie sie geeignete Lernende gewinnen können.

### 3. Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II

Dieser Übergang ist in Basel anders strukturiert als in vergleichbaren Städten. Die Selektion in drei unterschiedliche Niveaus findet nach dem siebten Schuljahr (am Ende der Orientierungsschule) statt, die Laufbahnentscheide fallen mehrheitlich zugunsten der Mittelschulen aus und der Weg der Berufslehre wird erst als zweite und oft sogar nur als dritte Wahl in Betracht gezogen. 2013 ist die Zahl derjenigen Jugendlichen, die nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit direkt in eine Berufslehre eingestiegen sind, immerhin um 5 % gestiegen. Es liegt nahe, dass diese positive Entwicklung dem veränderten Aufnahmeverfahren in die Brückenangebote zuzuschreiben ist. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob sich dieser Trend weiter fortsetzt.

#### 3.1 Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schule

2013 gab es 51 Schulabgängerinnen und Schulabgänger mehr als im Vorjahr. Die breite Palette an Brückenangeboten hat den Vorteil, dass praktisch alle Jugendlichen eine Anschlusslösung finden, im Juni 2013 war dies lediglich bei 1 % nicht der Fall (Tabelle 1). Andererseits haben diese Breite und Offenheit der Brückenangebote eine mit 50 % (2012: 53 %) ausserordentlich hohe Übertrittsquote in diese Institutionen zur Folge.

Mit 22 % (2012: 17 %) lag die Übertrittsquote in eine Berufslehre zwar um rund 5 % höher als im Vorjahr, sie ist aber im schweizerischen Vergleich immer noch sehr tief. In Zukunft sollen alle Jugendlichen bereits auf Sekundarstufe I im Rahmen des Berufswahlverfahrens über Inhalte und Möglichkeiten der beruflichen Grundbildung und die anschliessenden Laufbahnchancen informiert werden. Dabei sollen unter anderem auch vermehrt die zahlreichen Angebote der Höheren Berufsbildung und die damit verbundenen Karrierechancen als gleichwertige Alternative zu Bildungsgängen an Fachhochschulen und Universitäten bekannt gemacht werden.

**Tab. 1: Kanton Basel-Stadt, WBS Schulabgänge und Anschlusslösungen 2013**

	Abgänge total		davon in:		Brückenangebot <sup>3)</sup>		Praktikum <sup>4)</sup>		keine Lösung <sup>5)</sup>			
	abs.	%	Lehre <sup>1)</sup> abs.	%	Mittelschule <sup>2)</sup> abs.	%	abs.	%	abs.	%		
<b>Total</b>	889	100	196	22	150	17	448	50	27	3	7	1
E-Zug	482	100	106	22	150	31	179	37	16	3	2	
A-Zug	352	100	86	24	0		232	66	10	3	3	1
FS-K <sup>6)</sup>	18	100	0		0		17	94	0		1	6
SpA <sup>7)</sup>	37	100	4	11	0		20	54	1	3	1	3

<sup>1)</sup> EFZ, EBA, Anlehre

<sup>2)</sup> Übergangsklasse Gymnasium, WMS, IMS, FMS

<sup>3)</sup> 10. Schuljahr Basis und Basis plus, KVS, Vorlehre ZBA, Vorkurse AGS u. BFS (ohne SfG)

<sup>4)</sup> Inklusive Arbeitsstelle

<sup>5)</sup> Zum Zeitpunkt der Erhebung Ende Juni 2012 ohne Anschlusslösung

<sup>6)</sup> FS-K: Fremdsprachenklassen

<sup>7)</sup> Spezialangebote WBS

Quelle: ED / Bildung, Statistik der Schulabgänger/innen 2013

Auffallend sind die vielen Übertritte aus der Weiterbildungsschule (WBS) E-Zug in ein Brückenangebot. Mehrheitlich nutzen diese Schulaustretenden das 10. Schuljahr «Basis plus». Mit einem Anteil von 22 % (2012: 17 %) ist die Zahl derjenigen, die direkt in eine Lehre eintreten, sehr tief, sogar noch tiefer als jene aus dem A-Zug (24 %, 2012: 21 %). In den anderen Städten und Kantonen der Deutschschweiz ist die Quote derjenigen Schülerinnen und Schüler, welche eine Berufslehre als Direkteinstieg in eine nachobligatorische Ausbildung wählen, oft in Kombination mit der Berufsmaturität, signifikant höher.

### 3.2 Basler Jugendliche im Bildungsjahr 10

Die Zahl der Jugendlichen, die 2013 (Stichtag September 2013) eine öffentliche Schule im Bildungsjahr 10 besucht haben, hat gegenüber 2012 zugenommen (+ 2,4 %), sie liegt bei insgesamt 2'164 Personen (2012: 2'113; Tabelle 2). Die berufliche Grundbildung (inkl. WMS und IMS) stellt mit einem Anteil von 39,6 % (2012: 38,6 %) weiterhin das wichtigste Bildungsangebot auf der nachobligatorischen Sekundarstufe II dar. Ein Jahr nach Abschluss der obligatorischen Schule befinden sich mit 858 (2012: 817) bzw. + 5 % mehr Lernende in einer dualen Berufslehre oder einer berufsbildenden Vollzeitschule als im Vorjahr. Die Zahl der Teilnehmenden an Brückenangeboten ist mit 657 (2012: 585) wieder gestiegen und liegt mit 30,4 % (2012: 27,7 %) noch deutlicher (+ 2,7 %) über dem schweizerischen Durchschnitt als im Vorjahr. Die Zahl der Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten ist mit 520 (2012: 587) gesunken, ihr Anteil reduziert sich auf 24 % (2012: 27,8 %, d.h. - 3,7 %;), liegt aber immer noch über dem Schweizer Durchschnitt. Die FMS bewegt sich auf konstantem Niveau.

**Tab. 2: Schülerinnen und Schüler auf Sekundarstufe II mit Wohnsitz Basel-Stadt an öffentlichen Schulen, im Bildungsjahr 10 (Stichtag 09/2013)**

	Anzahl	%	Bemerkungen
<b>Total</b>	<b>2'164</b>	<b>100</b>	
<b>Total Brückenangebote</b>	<b>657</b>	<b>30,4</b>	
ZBA 10. SJ Basis	119	5,5	
ZBA 10. SJ Basis plus	152	7	
ZBA Vorlehre (A + A Job)	239	11	Berufsorientierende Vorlehre
IBK	92	4,3	Integrations- und Berufswahlklassen <sup>2)</sup>
Kaufm. Vorbereitungsschule	32	1,5	
Log In	14	0,6	
Praxis Plus	9	0,4	
<b>Total Berufsbildung</b>	<b>858</b>	<b>39,6</b>	
Berufsfachschulen 1. LJ <sup>1)</sup>	753	34,8	Lernende BS: 33 % von total 2'282
WMS (Handelsmittelschule)	97	4,5	Lernende BS: 67 % von total 144
Informatikmittelschule	8	0,4	Lernende BS: 35 % von total 23
<b>FMS</b>	<b>129</b>	<b>6</b>	SchülerInnen BS: 79 % von total 164
<b>Gymnasien</b>	<b>520</b>	<b>24</b>	SchülerInnen BS: 85 % von total 613

<sup>1)</sup> Öffentliche sowie vom Kanton beauftragte private Berufsfachschulen, 1. Lehrjahr.

<sup>2)</sup> ohne Bildungsjahr; teilweise 2 Jahre Dauer

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt; Tab. T15.1KSS.5-1, t15.4.02

## 4. Berufliche Grundbildung

### 4.1 Generelle Lehrstellenentwicklung nach Ausbildungstyp

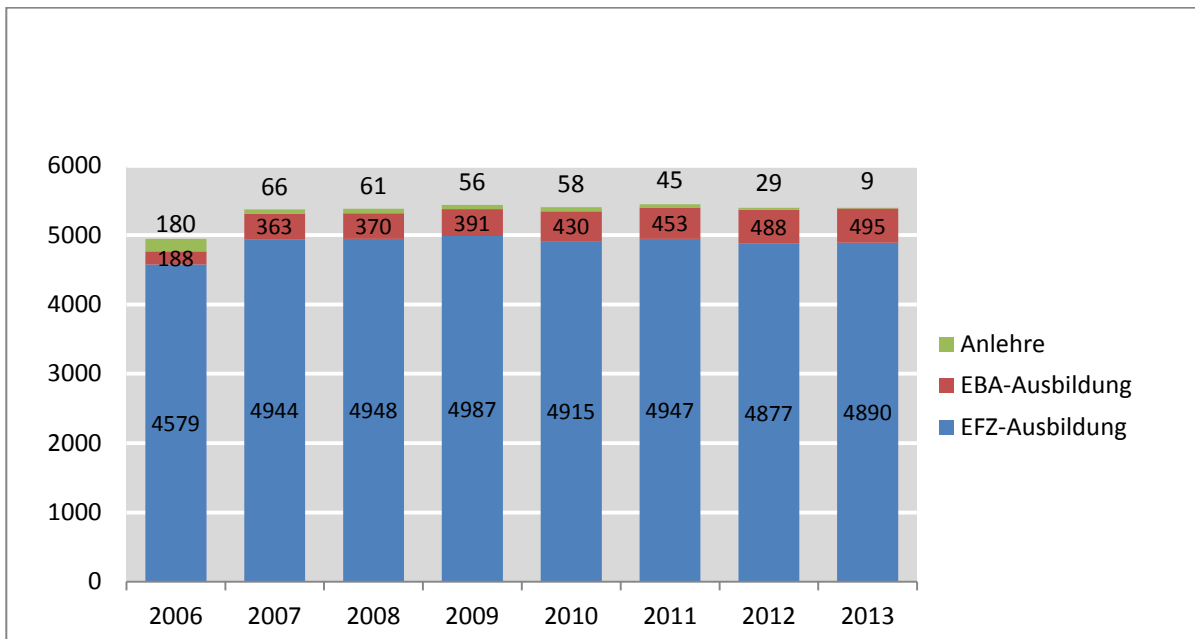
Gemäss BBG gibt es zwei Ausbildungstypen: Die zweijährigen beruflichen Grundbildungen, welche mit einem eidg. Berufsattest (EBA) abgeschlossen werden, sowie die drei- und vierjährigen Grundbildungen, die zu einem eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen. Der Ausbildungstyp EBA ist neu, das heisst er wurde mit dem neuen BBG geschaffen. Im Gegenzug wurden die früheren zweijährigen Berufslehren mit EFZ (Bürolehre, Verkaufslehre, Servicefachlehre) sowie auch der frühere Ausbildungstyp der Anlehre<sup>1</sup> abgeschafft.

Die EBA-Ausbildungen sind niederschwellige Angebote, sie richten sich an Lernende, die mehr praktisch als schulisch begabt sind. Der Regierungsrat und das zuständige Erziehungsdepartement haben im Rahmen der Strategie zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit die Schaffung von Attestlehrstellen in der Verwaltung und der Wirtschaft energisch gefördert, so zum Beispiel von 2005 bis 2007 in enger Kooperation mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt und der Handelsschule KV Basel zur Lancierung des wichtigen kaufmännischen Einstiegsberufs «Büroassistentin/Büroassistent EBA» (Task Force «400 Lehrstellen»). Ein wesentlicher Anteil am Lehrstellenwachstum ist der kantonalen Verwaltung und den öffentlichen Betrieben zuzuschreiben, die aufgrund von zwei Regierungsratsbeschlüssen im Jahr 2005 in den Folgejahren ihr Angebot an Ausbildungsplätzen enorm ausgeweitet haben.

<sup>1</sup> In der laufenden Übergangsphase können bis 31. Dezember 2014 in einigen wenigen Berufsfeldern noch Anlehrverträge abgeschlossen werden.



**Abb. 2: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lehrverträgen nach Ausbildungstyp 2006 bis 2013**



Quelle: ED / Zahlenspiegel Bildung 2014

Aus Abbildung 2 wird ersichtlich, dass sich der Gesamtbestand an Lehrverträgen relativ konstant verhält, er liegt seit 2007 bei rund 5'400. Das zwischen 2004 und 2007 zu beobachtende Lehrstellenwachstum ist auf die Schaffung der Attestlehrstellen (EBA) zurückzuführen. Damit ist es gelungen, diesen neuen Ausbildungstyp in Basel-Stadt zu etablieren und einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Im Berichtsjahr lag der Gesamtbestand an Lehrverträgen bei 5'394, gleich wie im Vorjahr. Der Bestand an EFZ-Lehrverträgen stieg leicht an auf 4'890 (2012: 4'877), auch derjenige der EBA-Lehrverträgen erhöhte sich auf 495 (2012: 488). Die Anlehren sind – aufgrund der Einführung der EBA-Lehrstellen – ein Auslaufmodell.

**Tab. 3: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag (ohne Anlehren) nach Geschlecht seit 2007**

	2013	%	2012	%	2011	%	2010	%	2009	%	2008	%	2007	%
<b>Total</b>	<b>5385</b>	<b>100</b>	<b>5373</b>	<b>100</b>	<b>5402</b>	<b>100</b>	<b>5351</b>	<b>100</b>	<b>5386</b>	<b>100</b>	<b>5348</b>	<b>100</b>	<b>5202</b>	<b>100</b>
Männer	2811	52.2	2848	53.0	2864	53.1	2850	53.2	2886	53.6	2940	55.0	2879	55.3
Frauen	2574	47.8	2525	47.0	2538	46.9	2501	46.7	2500	46.4	2408	45.0	2323	44.7

Quelle: BFS, Statistik der beruflichen Grundbildung 2013

## 4.2 Berufsgruppen

2013 wurden die Berufsgruppen nach ISCED<sup>2</sup> neu ausgelegt. Ein direkter Vergleich mit den Vorjahren ist deshalb nicht möglich. Beim Gesamtbestand der Lehrverhältnisse nach Berufsgruppen sind die drei quantitativ grössten Berufsgruppen *Wirtschaft und Verwaltung* an der Spitze, gefolgt von *Handel und Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau* (Tabelle 4).

<sup>2</sup> ISCED (International Standard Classification of Education) wurde von der Unesco zur Klassifizierung und Charakterisierung von Schultypen entwickelt.

Zum Berufsfeld *Wirtschaft und Verwaltung* zählen alle Kaufmänner und Kauffrauen (Bank, Chemie, Verwaltung usw.), Bibliothekare, Dokumentalistinnen, Fachpersonen Information und Dokumentation.

**Tab. 4: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lehrverträgen<sup>1)</sup> nach ausgewählten Berufsgruppen seit 2004**

Jahr	2013 <sup>2)</sup>	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
<b>Total</b>	<b>5392</b>	<b>5373</b>	<b>5402</b>	<b>5351</b>	<b>5386</b>	<b>5348</b>	<b>5202</b>	<b>4957</b>	<b>4691</b>	<b>4696</b>
davon:										
Organisation, Verwaltung, Büro	neu ausgelegte Berufsgruppen siehe unten	1161	1183	1187	1184	1152	1101	1025	959	991
Metall- und Maschinenindustrie		1051	1100	1115	1158	1185	1168	1147	1094	1104
Detailhandel		654	681	685	678	681	689	658	628	654
Heilbehandlung <sup>3)</sup>		547	481	414	387	341	306	284	252	204
Technische Berufe (Labor, Planung)		401	398	371	363	372	385	367	377	374
Gastgewerbe, Hauswirtschaft		302	323	339	342	328	341	315	292	288
Betreuung (Behind., Betagte, Kinder)		294	292	266	253	232	163	154	117	122
Körperpflege		140	139	148	149	163	163	167	152	156
Baugewerbe		88	86	82	80	101	91	83	85	75
Malerei		76	83	81	80	85	78	83	82	76

Jahr	2013 <sup>2)</sup>
<b>Total</b>	<b>5392</b>
davon:	
Wirtschaft und Verwaltung	1115
Handel	707
Elektrizität und Energie	403
Krankenpflege	289
Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau	419
Sozialarbeit und Beratung	320
Gastgewerbe und Catering	254
Maschinenbau und Metallverarbeitung	216
Informatik	168
Chemie und Verfahrenstechnik	203

<sup>1)</sup> EFZ und EBA, ohne Anlehrverträge

<sup>2)</sup> Seit 2013 neu ausgelegte Berufsgruppen nach ISCED

<sup>3)</sup> ab 2011 inkl. neuer Beruf Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales EBA

Quelle: ED / Lehraufsicht 2013

Tab. 5: Kanton Basel-Stadt, Lehrverträge EBA nach ausgewählten Berufsgruppen seit 2004

Jahr	2013 <sup>1)</sup>	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
<b>Total</b>	<b>496</b>	<b>490</b>	<b>453</b>	<b>432</b>	<b>395</b>	<b>367</b>	<b>354</b>	<b>290</b>	<b>145</b>	<b>55</b>
davon:										
Organisation, Verwaltung, Büro	neu ausgelegte Berufsgruppen siehe unten	158	180	172	155	160	149	102	67	55
Detailhandel		90	90	122	115	104	111	115	47	-
Gastgewerbe, Hauswirtschaft		82	90	72	75	65	59	50	27	-
Metall- und Maschinenindustrie		38	47	46	35	15	12	6	4	-
Heilbehandlung <sup>2)</sup>		76	23	-	-	-	-	-	-	-
Holzverarbeitung		11	9	7	4	11	13	8	-	-
Nahrungsmittel, Getränke		7	6	8	12	2	0	0	-	-
Baugewerbe		7	3	0	1	0	0	0	-	-

Jahr	2013 <sup>1)</sup>
<b>Total</b>	<b>496</b>
davon:	
Wirtschaft und Verwaltung	137
Handel	97
Elektrizität und Energie	13
Krankenpflege	0
Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau	7
Sozialarbeit und Beratung	0
Gastgewerbe und Catering	48
Maschinenbau und Metallverarbeitung	8
Informatik	5
Chemie und Verfahrenstechnik	0

<sup>1)</sup> Seit 2013 neu ausgelegte Berufsgruppen nach ISCED

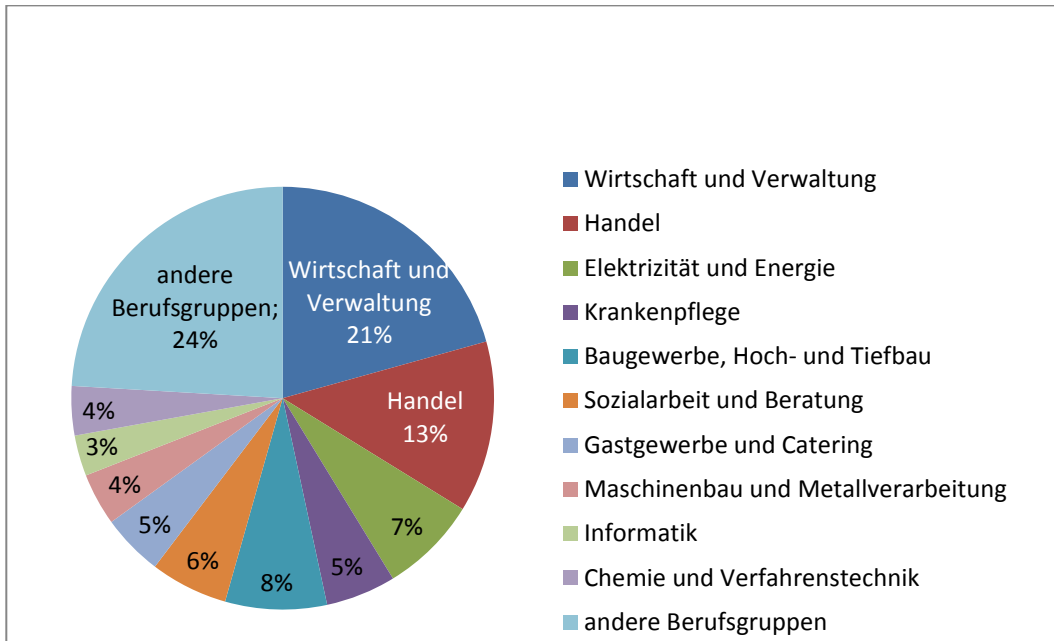
<sup>2)</sup> Ab 2011 neuer Beruf Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales EBA

Quelle: ED / Lehraufsicht 2013

### 4.3 Lehrverträge (EFZ und EBA) nach ausgewählten Berufsgruppen (ISCED)

Bei der Berufswahl der jungen Menschen liegt 2013 die Berufsgruppe *Wirtschaft und Verwaltung* mit 21 % an der Spitze (Abbildung 3). Diesem beliebten Berufszweig folgen *Handel* (13 %), *Baugewerbe, Hoch- und Tiefbau* (8 %), *Elektrizität und Energie* (7 %), *Sozialarbeit und Beratung* (6 %), *Krankenpflege* (5 %) und *Gastgewerbe und Catering* (5 %).

**Abb. 3: Kanton Basel-Stadt, Lernende nach den am häufigsten gewählten Lehrberufen 2013**



Quelle: Zahlenspiegel Bildung 2014

#### 4.4 Basels Zentrumsfunktion und die Folgen

Im Jahr 2013 konnten 759 (2012: 764) Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt einen Lehrvertrag mit einem Basler Lehrbetrieb abschliessen. Zudem schlossen 227 (2012: 286) Basler Jugendliche einen Lehrvertrag mit einem Lehrbetrieb im Kanton Basel-Landschaft ab<sup>3</sup>.

Trotz mehr Vertragsabschlüssen als im Vorjahr (2013: 1'982, 2012: 1932) und etwas höherem Gesamtbestand (2013: 5'392, 2012: 5'373) sind im Berichtsjahr mit 1'973 (2012: 2'007) leicht weniger Lehrstellen von Jugendlichen mit baselstädtischem Wohnsitz besetzt als im Vorjahr (Tabelle 6). Der nach wie vor bescheidene Anteil an Lernenden mit hiesigem Wohnsitz ist unter anderem Folge der Attraktivität der Stadt als Ausbildungsort für viele Jugendliche aus dem Umland. Diese Jugendlichen unterscheiden sich zu ihren städtischen Mitkonkurrentinnen und Mitkonkurrenten auf dem Lehrstellenmarkt insofern, als dass viele unter ihnen ihre obligatorische Schulzeit in mehrheitlich deutschsprachigen Klassen absolviert haben, aus deutschsprachigen und bildungsnahen Elternhäusern stammen und einen schweizerischen Familiennamen haben.

Weiterhin gross ist der Unterschied zwischen den Ausbildungstypen (Tabelle 6). Es scheint, dass der Ausbildungstyp EBA für die städtischen Lehrstellensuchenden bessere (Start-) Chancen bietet als derjenige mit EFZ. Insofern haben die mehrjährigen Lehrstellenkampagnen mit Fokus auf Schaffung von mehr Attestlehrstellen das Zielpublikum erreicht. Allerdings zeigt der Anteil der baselstädtischen Lernenden in Attestausbildungen eine weiter sinkende Tendenz (2007: 60,5 %, 2010: 56,7 %, 2013: 52 %).

<sup>3</sup> Amt für Berufsbildung und Berufsberatung des Kantons Basel-Landschaft

**Tab. 6: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lehrverträgen nach Ausbildungstyp und Wohnsitzkanton der Lernenden 2013**

Ausbildungstyp	Total	%	BS	%	BL	%	AG	%	SO	%	Übrige (inkl. D u. F)	%
<b>Total</b>	<b>5392</b>	<b>100</b>	<b>1973</b>	<b>37</b>	<b>2275</b>	<b>42</b>	<b>458</b>	<b>9</b>	<b>394</b>	<b>7</b>	<b>292</b>	<b>5</b>
EFZ	4896	100	1716	35	2093	43	433	9	368	7	286	6
EBA	496	100	257	52	182	37	25	5	26	5	6	1

Quelle: ED / Lehraufsicht, Zahlen zur Berufsbildung 2013

#### 4.5 Beteiligung nach Nationalität

Die Zahlen in Tabelle 7 zeigen die Verhältnisse auf dem Lehrstellenmarkt. Es sind die Schweizerinnen und Schweizer, die sich in geringerem Mass an der Berufsbildung beteiligen, die Beteiligung der Ausländerinnen und Ausländer hingegen hat – vor allem bei den Frauen – weiter zugenommen.

Im Berichtsjahr standen 1'392 (2012: 1'312) junge Menschen mit ausländischem Pass in einer Berufsausbildung (Tabelle 7), das ergibt erneut eine Zunahme um 5,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Beteiligungsquote von Jugendlichen ausländischer Herkunft erhöhte sich dadurch leicht auf 25,8 % (2012: 24,4 %). Im Verhältnis zum Ausländeranteil von 30,2 % (2012: 28,8 %) in der Altersgruppe der 15–19-jährigen Wohnbevölkerung<sup>4</sup> haben wir es aber immer noch mit einer unterproportionalen Beteiligung zu tun.

Der Rückgang der Beteiligung von Schweizern setzt sich im 2013 fort, der Anteil der Schweizerinnen bleibt konstant. Am stärksten legen die Frauen ausländischer Herkunft bei den Lehrvertragsabschlüssen zu.

Die duale Berufsbildung stellt neben der Volksschule einer der wichtigsten Faktoren für die Integration junger Zugewanderter in das hiesige Berufs- und Erwerbsleben dar. Der Übergang von der Volksschule in eine Berufslehre ist jedoch für viele eine hohe Hürde. Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an der Basler Volksschule ist fremdsprachiger Herkunft und stammt mehrheitlich aus Kulturen, die das duale Berufsbildungssystem nicht kennen. Permanente Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen und von allen Akteuren sind deshalb weiterhin nötig, um das Ziel einer nachobligatorischen Bildung für alle zu erreichen. In diesem Kontext sind ausreichende Zeitgefässe und gut ausgebildete Lehrpersonen für den Unterricht in «Beruflicher Orientierung» (Berufswahl) an der neuen Sekundarschule (Start: Sommer 2015) entscheidend.

**Tab. 7: Kanton Basel-Stadt, Gesamtbestand an Lernenden mit Lehrvertrag nach Geschlecht und Nationalität seit 2007**

	2013	%	2012	%	2011	%	2010	%	2009	%	2008	%	2007	%
<b>Total</b>	<b>5392</b>	<b>100</b>	<b>5373</b>	<b>100</b>	<b>5402</b>	<b>100</b>	<b>5351</b>	<b>100</b>	<b>5386</b>	<b>100</b>	<b>5348</b>	<b>100</b>	<b>5202</b>	<b>100</b>
Schweizer Männer	2087	38.7	2142	39.9	2207	40.9	2187	40.9	2196	40.8	2207	41.3	2153	41.4
Schweizer Frauen	1913	35.5	1919	35.7	1970	36.5	1937	36.2	1943	36.1	1846	34.5	1765	33.9
Ausländer Männer	726	13.5	706	13.1	657	12.2	663	12.4	690	12.8	733	13.7	726	14.0
Ausländer Frauen	666	12.3	606	11.3	568	10.5	564	10.5	557	10.3	562	10.5	558	10.7

Quelle: ED / Lehraufsicht, Zahlen zur Berufsbildung 2013

<sup>4</sup> Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Bevölkerungsstatistik 2013

#### 4.6 Auflösung von Lehrverträgen

Bezogen auf die Gesamtzahl der Lehrverträge werden im Kanton Basel-Stadt jährlich zwischen 9 % bis 11 % der Verträge aufgelöst. Diese Auflösungsquote ist konstant und Basel-Stadt liegt damit im Mittelfeld der Kantone. Die meisten Auflösungen (50 bis 60 %) finden im ersten Lehrjahr statt, meistens schon während der Probezeit. Wie aus Tabelle 8 ersichtlich, ist im Berichtsjahr die Auflösungsquote bei den Schweizerinnen am tiefsten und bei den Ausländern am höchsten.

Die häufigsten Auflösungsgründe sind: Andere Berufs- und Lehrstellenwahl mit 173 (2012: 164) Lehrvertragsauflösungen, mangelnde Leistungen 98 (2012: 70) und Pflichtverletzung durch die lernende Person 92 (2012: 91). Bei Lehrvertragsauflösungen berät die Fachstelle Lehraufsicht über Anschlusslösungen und ermöglicht so in den meisten Fällen einen Verbleib im Bildungssystem. In Fällen, welche die Ressourcen und Kompetenzen der Lehraufsicht überschreiten, werden die betreffenden Personen zu Gap, Case Management Berufsbildung (siehe Abschnitt 4.7), vermittelt.

**Tab. 8: Kanton Basel-Stadt, Lehrvertragsauflösungen (EFZ und EBA) nach Geschlecht und Nationalität 2013**

	Lehr- verträge Total	Auflö- sungen Total	%	Lehr- verträge Männer	Auflö- sungen Männer	%	Lehr- verträge Frauen	Auflö- sungen Frauen	%
<b>Total</b>	<b>5'392</b>	<b>613</b>	<b>11.4</b>	<b>2'813</b>	<b>359</b>	<b>12.8</b>	<b>2'579</b>	<b>254</b>	<b>9.8</b>
Schweizer/innen	4'000	429	10.7	2'087	250	12	1'913	179	9.4
Ausländer/innen	1'392	184	13.2	726	109	15	666	75	11.3

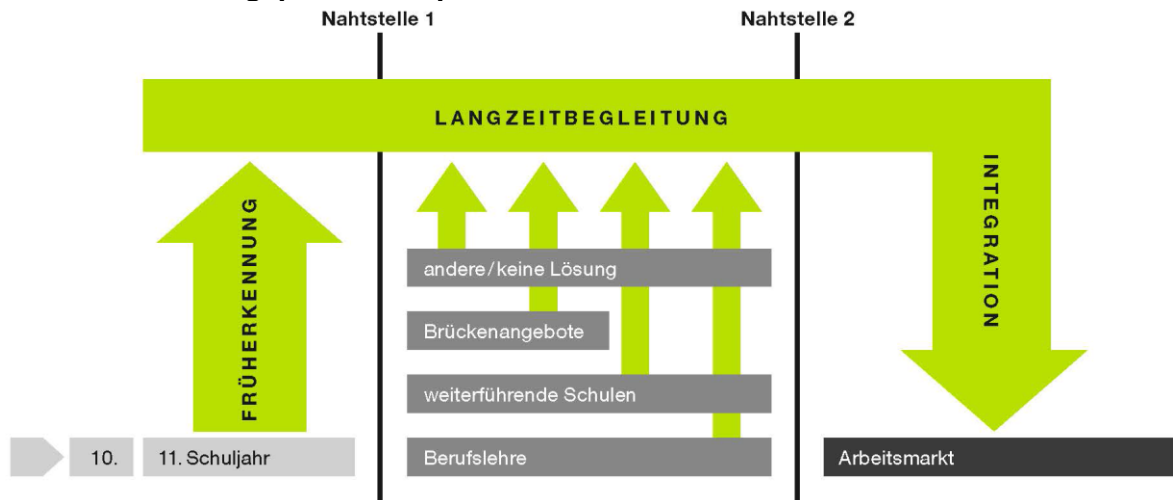
Quelle: ED / BBE, Zahlen zur Berufsbildung 2013

#### 4.7 Gap, Case Management Berufsbildung

Gap, Case Management Berufsbildung unterstützt Jugendliche seit sechs Jahren auf ihrem Weg in die Berufswelt. Gap richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die in Bezug auf einen erfolgreichen Übergang von der Volksschule in eine Berufsausbildung besonders gefährdet sind. Die Aufbauphase von Gap ist abgeschlossen. Gap befindet sich in einer Konsolidierungsphase und ist in die Regelstrukturen des Erziehungsdepartements implementiert.

Der Unterstützungsprozess bei Gap beginnt mit der Phase der Früherkennung und umfasst eine individuelle Langzeitbegleitung mit dem Ziel, an der Nahtstelle 1 eine erfolgreiche Integration in eine Berufsausbildung oder in eine andere nachobligatorische Bildung zu erreichen und an der Nahtstelle 2 eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.

**Abb. 4: Unterstützungsprozess Gap**



Quelle: ED / Gap Case Management Berufsbildung, Kennzahlenbericht 2013

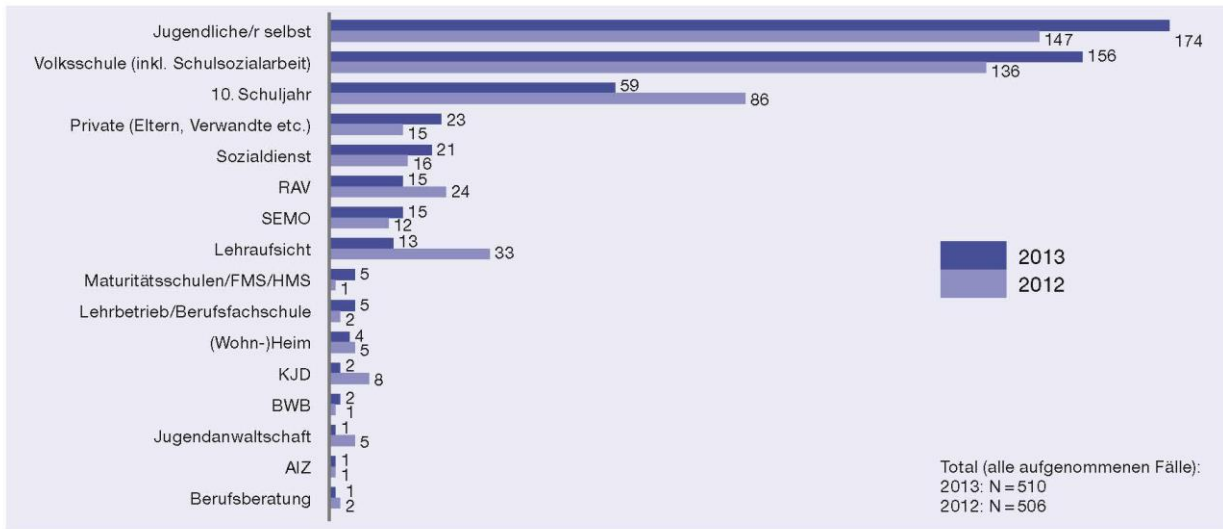
Hauptzielgruppe sind Schülerinnen und Schüler im letzten Schuljahr der obligatorischen Schule, deren Übertritt in eine nachobligatorische Bildung gefährdet ist. Sie werden im Rahmen von klassenweisen Einschätzungskonferenzen der Klassenlehrperson, der Schulsozialarbeiterin oder des Schulsozialarbeiters und des Case Managers im zweiten Jahr der WBS identifiziert und im Anschluss daran durchgehend und nachhaltig bis zum erfolgreichen Lehrstellen- und Arbeitsmarkteintritt begleitet und unterstützt (Abbildung 4).

Die Zuweisungen insgesamt an Gap liegen bei rund 500 Personen jährlich. Männliche Jugendliche und junge Erwachsene sind mit 54 % etwas häufiger vertreten als weibliche. Rund die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (51 %) ist im Besitz eines Schweizer Passes. Dieser Anteil liegt unter den 65,4 % der Basler Bevölkerung mit Schweizer Pass.

Wie Abbildung 5 zeigt, ist Gap den Jugendlichen bekannt, die Selbstanmeldungen nehmen stetig zu. Das Früherkennungsprinzip greift und ist strukturell in allen Bereichen zwischen Schule und Beruf fest verankert. Im Berichtsjahr liegen die so genannten «Selbstanmeldungen» von 197 Personen an der Spitze. Es sind Jugendliche und junge Erwachsene, die Gap entweder selbst kontaktieren (174) oder von nahe stehenden Personen (23) angemeldet werden. 156 der Zuweisungen erfolgten über die Volksschule (inkl. Schulsozialarbeit). Weitere Zuweisungen erfolgen über Beratungs- und Unterstützungsinstitutionen. Abgenommen haben die Anmeldungen über das 10. Schuljahr und die Lehraufsicht, was in Zusammenhang mit den vermehrten Selbstanmeldungen positiv zu werten ist.

Abb. 5: Zuweisungen zu Gap 2013

**Zuweisende Institutionen, Selbstanmeldungen 2012/2013**



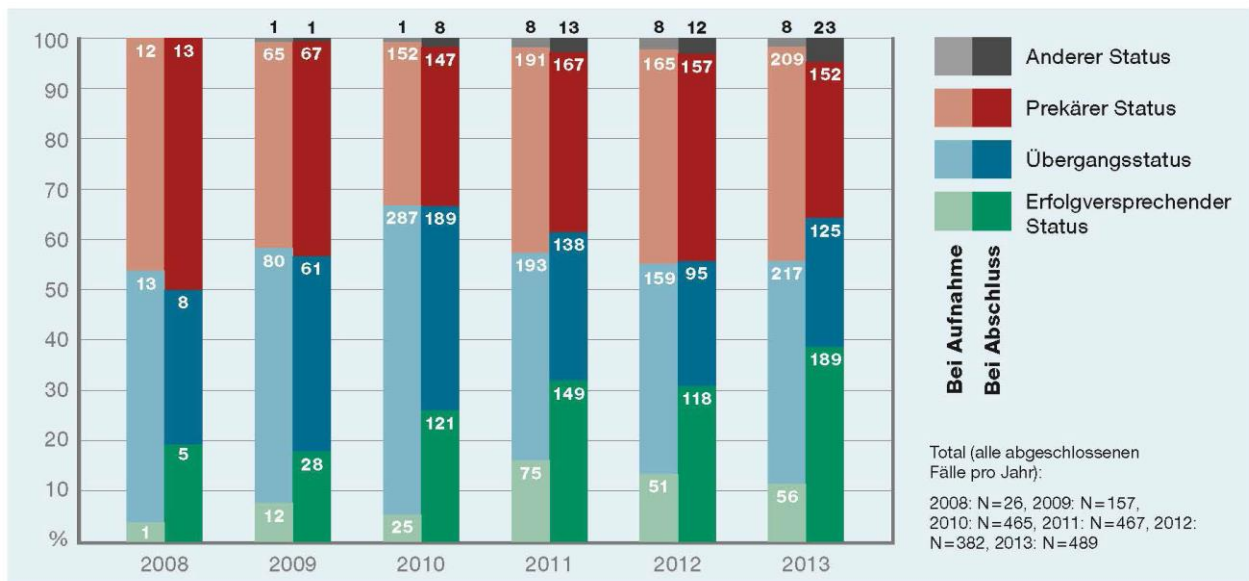
Quelle: ED / Gap Case Management Berufsbildung, Kennzahlenbericht 2013

Die Wirkung von Gap wird dann als erfolgreich betrachtet, wenn die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine nachobligatorische Ausbildung abschliessen. Hierzu erfasst Gap berufsbildungsrelevante Veränderungen von drei Statuskategorien im Verlaufe des Unterstützungsprozesses:

- **Prekärer Status:** Jugendliche und junge Erwachsene ohne Tagesstruktur, erwerbslos
- **Übergangsstatus:** Volksschule, Zentrum für Brückenangebote, Motivationssemester (SEMO)
- **Erfolgversprechender Status:** Berufslehren EFZ oder EBA, schulisch organisierte Berufsausbildungen (WMS, IMS, Fachklassen), Maturitätsschulen (BM, FMS, Gymnasium), Erwerbstätigkeit über 50 %

Abb. 6: Wirkungen 2008-2013

**Fallabschlüsse 2008 – 2013: Veränderungen der Status von Aufnahme zu Abschluss**



Quelle: ED / Gap Case Management Berufsbildung, Kennzahlenbericht 2013



Für den Zeitraum 2008 bis 2013 lässt sich feststellen (Abbildung 6), dass Gap zwischen Fallaufnahme und Fallabschluss per Saldo positive Veränderungen erzielt. Bei fast der Hälfte der abgeschlossenen Fälle im Jahr 2013 sind signifikante Statuserhöhungen hinsichtlich der Berufsbildung zu verzeichnen. Insbesondere im Berichtsjahr ist der Anstieg vom Übergangstatus in den erfolgversprechenden Status gut sichtbar. Erfahrungsgemäss ist Gap dann erfolgreich, wenn es gelingt, zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine verbindliche Arbeitsbeziehung herzustellen. Weitere Ergebnisse von Gap sind im Kennzahlenbericht 2013<sup>5</sup> vertieft dargestellt.

#### 4.8 Lehrabschlussprüfungen

Inhalte, Normen und Verfahren der Lehrabschlussprüfungen in den einzelnen Berufen sind in den jeweiligen Bildungsverordnungen des Bundes festgelegt, sie werden im Wesentlichen durch die schweizerischen Berufsverbände und Branchenorganisationen bestimmt. Organisation und Durchführung ist Sache der Kantone. Seit achtzig Jahren führt der Gewerbeverband Basel-Stadt im Auftrag des Kantons die Lehrabschlussprüfungen in den Industrie-, Gewerbe-, Dienstleistungs- und Detailhandelsberufen durch. Neben dem Kanton St. Gallen (und dem Kanton Luzern in einer Mischform) stellt die Delegation dieser kantonalen Aufgabe eine Ausnahme dar, die übrigen Kantone führen die Abschlussprüfungen in Eigenregie durch. Für die Durchführung der Abschlussprüfungen in den kaufmännischen Berufen steht der Kaufmännische Verein Basel mit seiner Prüfungskommission in der Verantwortung. Die Prüfungen bestehen aus einem schulischen und einem praktischen Teil. Bei Letzterem kommen Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten der Berufsverbände zum Einsatz, die von den beiden offiziellen Prüfungskommissionen gewählt werden. Bezüglich der Erstellung der Prüfungsaufgaben, der Anrechnung von Erfahrungsnoten und Ergebnissen aus vorausgegangenen Teilprüfungen, der Art und Weise der praktischen Prüfung, herrscht beinahe eine so grosse Vielfalt wie es Lehrberufe gibt, die zudem ständigem Wandel unterworfen ist. Im Zug der Berufsreformen wurden seit 2003 laufend auch die sogenannten Qualifikationsverfahren erneuert, was oft zu noch höherer Komplexität und wesentlich höherem Aufwand führte. Mit einem laufenden gemeinsamen Projekt versuchen Bund und Kantone dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Wie bei allen Qualifikationsverfahren schwanken die durchschnittlichen Erfolgsquoten der Kandidierenden von Jahr zu Jahr, wobei die Abweichungen meist nicht gross sind. Die Bestehensquote bei den Abschlussprüfungen, die zum eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) führt, bewegt sich im Landesdurchschnitt um den Wert von 90 %; bei den Männern ist sie niedriger, bei den Frauen ist sie höher (Tabelle 9).

Die durchschnittliche Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen EFZ der baselstädtischen Kandidierenden lag im Berichtsjahr mit 84 % um 6 % unter dem schweizerischen Durchschnittswert (Tabelle 9), auch im Vergleich zum Kanton Basel-Landschaft. Besser ist die Erfolgsquote der Abschlussprüfungen EBA, die mit 90 % um 3 % unter dem Schweizer Durchschnitt liegt (Tabelle 10).

---

<sup>5</sup> Gap, Case Management Berufsbildung Kennzahlenbericht 2013; [www.gap-cmbb.ch](http://www.gap-cmbb.ch)

**Tab. 9: Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Abschlussprüfungen EFZ nach Geschlecht 2012 und 2013**

	Kandidierende			Erteilte EFZ			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
<b>Schweiz</b>									
2012	66'987	37'290	29'697	60'616	32'960	27'656	90	88	93
2013	67'224	37'417	29'807	60'779	32'912	27'867	90	88	93
<b>Basel-Stadt</b>									
2012	1'792	901	891	1'596	785	811	89	87	91
2013	1'763	914	849	1'488	761	727	84	83	86
<b>Basel-Land</b>									
2012	1'729	1'019	710	1'562	910	652	90	89	92
2013	1'809	1'033	776	1'645	922	723	90	89	93

Quelle: BFS, Statistik der beruflichen Grundbildung 2012 und 2013

**Tab. 10: Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Abschlussprüfungen EBA nach Geschlecht 2012 und 2013**

	Kandidierende			Erteilte EBA			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
<b>Schweiz</b>									
2012	4'603	2'570	2'033	4'309	2'368	1'941	94	92	95
2013	5'375	3'012	2'363	4'978	2'742	2'236	93	91	95
<b>Basel-Stadt</b>									
2012	234	103	131	216	95	121	92	92	92
2013	251	103	148	225	93	132	90	90	89
<b>Basel-Land</b>									
2012	171	94	77	163	88	75	95	94	97
2013	203	106	97	188	96	92	93	91	95

Quelle: BFS, Statistik der beruflichen Grundbildung 2012 und 2013

## 4.9 Berufsmaturität

Die eidgenössische Berufsmaturität (BM) schafft zusammen mit dem Berufsabschluss EFZ die Voraussetzungen für ein Studium an einer Fachhochschule. Der BM-Unterricht besteht aus einer erweiterten Allgemeinbildung und wird an den Berufsfachschulen durchgeführt. Die BM wird je nach beruflicher Grundbildung in sechs verschiedenen Richtungen absolviert. Sie kann entweder zeitgleich mit der beruflichen Grundbildung erworben werden (BM 1) oder nach Lehrabschluss in einem einjährigen Vollzeit- oder einem zweijährigen Teilzeitkurs (BM 2).

**Tab. 11: Kanton Basel-Stadt, Lernende der Berufsmatur an Berufsfachschulen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton im Schuljahr 2013/2014**

Schule BM-Richtung	BM 1					BM 2 <sup>1)</sup>	Total BM1+2
	Total	Frauen	Männer	BS	Übrige	Total	
<b>Total</b>	<b>626</b>	<b>284</b>	<b>342</b>	<b>120</b>	<b>506</b>	<b>179</b>	<b>805</b>
AGS	200	33	167	27	173	82	282
Gestalterisch (dual)	26	10	16	5	21	44 <sup>2)</sup>	70
Gewerblich	7	5	2	1	6	–	–
Technisch	167	18	149	21	146	38	205
SfG	64	41	23	13	51	–	–
Gestalterisch (vollz.)	64	41	23	13	51	–	–
BFS	88	69	19	25	63	45	133
Gesundheitlich-sozial	54	47	7	14	40	–	–
Gestalterisch	5	5	0	2	3	–	–
Gewerblich	29	17	12	9	20	45	74
HKV	274	141	133	55	219	52	326
Kaufmännisch	274	141	133	55	219	52	326

<sup>1)</sup> Vollzeit und Teilzeit, alle Wohnsitzkantone

<sup>2)</sup> Kooperation AGS/SfG/BFS

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

Alle Basler Berufsfachschulen bieten gemäss ihrer fachlichen Ausrichtung den entsprechenden Berufsmaturitätsunterricht an. Im Berichtsjahr blieb die Anzahl Personen in einem BM-Bildungsgang konstant, dies bei praktisch unveränderter Anzahl Lernender. Während die Lernendenzahlen in der kaufmännischen Richtung erneut leicht sanken, stiegen sie in der technischen leicht an, die übrigen Richtungen blieben konstant. Zudem gab es eine Verschiebung von der BM 1 in die BM 2, die Zahl der BM 2-Teilnehmenden nahm weiter zu.

Nur 19,2 % (2012: 20,7 %) der Lernenden BM 1 (und 25,7 % BM 2) sind aus Basel-Stadt. Mit der zweijährigen Kampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» wird versucht, mehr Lernende für diesen Bildungsweg zu gewinnen. Zudem haben die beiden Basler Kantone die Aufnahmebedingungen zu den Mittelschulen und zur BM harmonisiert. Weitere Verbesserungen werden durch die im Bildungsraum Nordwestschweiz koordinierte Umsetzung der Berufsmaturitätsverordnung 2009 sowie des neuen nationalen Rahmenlehrplans des Bundes für den Berufsmaturitätsunterricht erwartet.

Tabelle 12 zeigt, wie im Vergleich zu Basel-Landschaft wenige Personen mit Wohnsitz Basel-Stadt eine Berufsmaturität absolvieren. Dabei hat sich die Zahl der Kandidierenden mit Wohnsitz Basel-Stadt weiter reduziert, sie liegt im Berichtsjahr bei 169 (2012: 185, 2011: 173, 2010: 160, 2009: 163). Die Zahl der erteilten Berufsmaturitätszeugnisse sank entsprechend auf 158 (2012: 170). Beim Männer-Frauen-Anteil kehrt sich die Situation gegenüber dem Vorjahr, die Frauen überwiegen mit 82 Abschlüssen gegenüber den Männern mit 76 Abschlüssen. Diese Umkehrung des Geschlechterverhältnisses überrascht, da es bei der technischen Richtung (eher männerlastig) eine Zunahme und bei der kaufmännischen Richtung (eher frauenlastig) eine Abnahme gab. Dasselbe gilt auch im Vergleich zu Baselland, wo die Männer weiterhin stark übervertreten sind (vgl. Tabelle 9).

Entsprechend der geringen Beteiligung weist der Kanton Basel-Stadt mit 8,3 % (2012: 8,8 %) zusammen mit Genf (2013: 8,3 %; 2012: 8,1 %) die tiefste Berufsmaturitätsquote<sup>6</sup> aller Kantone auf. In den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn liegt die BM-Quote 2013 zwischen 13,5 und 14,7 % (2012: 11,5 bis 13,9 %). Hingegen hat Basel-Stadt mit 28,8 % (2012: 28,4 %) die höchste aller gymnasialen Maturitätsquoten, gefolgt von Genf mit 28,0 %<sup>7</sup>. Dieser Sachverhalt ist das Ergebnis verschiedener Faktoren (z.B. hohe Übertrittsquote ab siebtem Schuljahr ins Langzeitgymnasium, sehr hohe Übertrittsquote ab neuntem Schuljahr in ein zehntes Schuljahr, u.a. zur Vorbereitung auf eine Mittelschule), die dazu führen, dass im Kanton Basel-Stadt ein ausserordentlich geringer Teil der Schülerinnen und Schüler aus der Volksschule überhaupt den Weg der Berufslehre wählen (siehe Abschnitt 3.1) und damit noch viel weniger den Weg der Berufslehre mit Berufsmatur. Es ist abzuwarten, ob und wie sich das Verhältnis zwischen Berufsmatur und gymnasialer Matur aufgrund der neuen Schulstruktur, in welcher der Eintritt ins Gymnasium erst nach der obligatorischen Schulzeit erfolgt, verändern wird.

**Tab. 12: Schweiz sowie Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Berufsmaturitätsprüfungen nach Geschlecht und Wohnsitzkanton 2012 und 2013**

	Kandidierende			Erteilte BMZ			Quote		
	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen
<b>Schweiz</b>									
2012	14'746	7'747	6'998	13'536	7'075	6'461	92	91	92
2013	15'052	7'936	7'116	13'871	7'270	6'601	92	92	93
<b>Basel-Stadt</b>									
2012	185	105	80	170	100	70	92	95	88
2013	169	83	86	158	76	82	93	92	95
<b>Basel-Land</b>									
2012	455	257	198	423	239	184	93	93	93
2013	472	269	203	449	254	195	95	94	96

BMZ: Berufsmaturitätszeugnis

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der beruflichen Grundbildung 2012 und 2013

## 5. Berufsabschluss für Erwachsene

Die berufliche Nachholbildung ermöglicht Erwachsenen mit Berufserfahrung, aber ohne anerkanntem Zertifikat, einen der beiden offiziellen Berufsabschlüsse, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder ein eidgenössisches Berufsattest (EBA), zu erwerben. Durch den Erwerb eines eidgenössisch anerkannten Abschlusses werden die individuellen Arbeitsmarktchancen erhöht und der Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten ermöglicht.

### 5.1 Vier Wege zum Berufsabschluss

- **Reguläre Grundbildung:** Da es keine vorgeschriebene Altersbegrenzung gibt, können auch Erwachsene eine reguläre Grundbildung mit Lehrvertrag absolvieren.
- **Verkürzte Grundbildung:** In einigen wenigen Berufen gibt es für Erwachsene eine standardisierte verkürzte Grundbildung mit Lehrvertrag. Verlangt werden ein Mindestalter von 22 Jahren und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung.
- **Nachholbildung nach Art. 32 BBV:** Erwachsene, die mindestens fünf Jahre Berufserfahrung haben, davon zwei bis vier Jahre einschlägige Erfahrungen bezüglich des angestrebten

<sup>6</sup> Bundesamt für Statistik, Definition: 21-jährige Wohnbevölkerung mit Berufsmaturität.

<sup>7</sup> Bundesamt für Statistik, Definition: 19-jährige Wohnbevölkerung mit gymnasialer Maturität.

Berufsabschlusses, können zur ordentlichen Lehrabschlussprüfung zugelassen werden. Die schulische Vorbereitung darauf erfolgt individuell.

- **Validierung nach Art. 31 BBV:** Erwachsene, die mindestens fünf Jahre Berufserfahrung haben, davon zwei bis vier Jahre einschlägige Erfahrungen bezüglich des angestrebten Berufsabschlusses, können diesen Weg beschreiten: Über die offizielle Validierung eines persönlichen Dossiers, in welchem die informell erbrachten einschlägigen Bildungsleistungen dokumentiert werden, können sie das EFZ oder das EBA erlangen. Wo noch Lücken bestehen, können diese durch ergänzende Bildung in Modulen aufgearbeitet werden.

## 5.2 Beratungsstelle

Die vier Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, BL, BS, SO) haben die Förderung der Nachholbildung koordiniert. In einem Projekt unter dem Titel «Validierung plus» wurden die Förderstrategie, die Grundlagen für die Beratung und das Monitoring sowie die Richtlinien für die Finanzierung gemeinsam erarbeitet und durch den Regierungsausschuss der vier Kantone beschlossen. Das Projekt wurde 2012 abgeschlossen. Die Massnahmen werden in allen vier Kantonen weitergeführt.

Als Beratungsstellen (Art. 4 Abs. 2 und 3 BBV) wurde in jedem Kanton ein sogenanntes «Eingangsportale» bei der jeweiligen kantonalen Berufsberatungsstelle eingerichtet. In Basel-Stadt sind zwei Berufsberaterinnen mit dieser Aufgabe betraut. Sie informieren und beraten die Interessierten umfassend über die verschiedenen Möglichkeiten, wie sie unter Berücksichtigung ihrer individuellen Voraussetzungen und Lebensumstände am effizientesten den gewünschten Berufsabschluss nachholen können.

Um eine kompetente Beratung sicherzustellen, pflegen die Spezialistinnen Beratungspartnerschaften mit der Lehraufsicht, den Berufsfachschulen, der Berufsberatung und den Organisationen der Arbeitswelt (OdA). Sie stellen das Monitoring über die Nachholbildung sicher und produzieren so Grundlagen für die Evaluation der Wirkung der Fördermassnahmen.

## 5.3 Teilnehmende

Wie aus Tabelle 13 ersichtlich, werden weiterhin hauptsächlich die strukturierten Angebote (Art. 32) in den Berufsgruppen Gesundheit, Kaufmännisch, Detailhandel, Logistik und Betreuung genutzt. Das Validierungsverfahren nach Art. 31 ist aufwendig und stellt sehr hohe Anforderungen, vor allem an fremdsprachige Personen, es wird deshalb wenig umgesetzt.

**Tabelle 13: Kanton Basel-Stadt, Zulassungen zu Berufsabschlüssen für Erwachsene nach Art. 31 und Art. 32**

Berufsgruppen	2013		2012		2011	
	Art. 32	Art. 31	Art. 32	Art. 31	Art. 32	Art. 31
<b>Total</b>	<b>171</b>	<b>8</b>	<b>175</b>	<b>5</b>	<b>193</b>	<b>12</b>
Gesundheit	57	4	52	1	65	6
Kaufmännisch	34	2	45	0	63	0
Logistik	14	0	20	0	9	0
Detailhandel	19	0	14	0	18	1
Betreuung	14	2	11	3	7	5
Diverse	33	0	33	1	31	0

Quelle: ED / Lehraufsicht und Berufsberatung, Nachholbildung 2013

Im Berichtsjahr erhielten 179 (2012: 180) Personen eine Zulassung zu einem Berufsabschluss nach Art. 31 oder Art. 32 (Tabelle 13), die Zahl blieb sozusagen unverändert gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang im kaufmännischen Bereich ist wohl weiterhin auf die Einführung eines Aufnahmetests an der Anbieterschule im 2012 zurückzuführen.

## 6. Fördermassnahmen

### 6.1 Lehrstellenförderung

Gemäss § 40c Abs. 2 des kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung vom 12. September 2007 (Änderung vom 11. November 2009) wird die Durchführung einer Kampagne zur Verbesserung des Lehrstellenangebots an den Verlauf der Lehrvertragsabschlüsse im Durchschnitt einer Vierjahresperiode gebunden. Stagnieren sie oder nehmen sie ab, ist eine Förderkampagne angezeigt unter der Voraussetzung, dass auch die demografische Entwicklung zu einer Verschlechterung des Lehrstellenmarkts beiträgt oder der Anteil der Lehrvertragsabschlüsse durch Jugendliche mit Wohnsitz in Basel-Stadt sinkt oder die Entwicklung in einzelnen Branchen öffentlich finanzierte Fördermassnahmen als angezeigt erscheinen lässt.

Das Lehrstellenangebot im Kanton Basel-Stadt bewegt sich seit ein paar Jahren auf einem Höchststand (Abschnitt 4.1), das Gleiche gilt auch für den Kanton Basel-Landschaft. Gleichzeitig macht sich der demografische Rückgang in der relevanten Altersgruppe der 15–19-Jährigen verstärkt bemerkbar. In der Vierjahresperiode 2010–2013 setzt sich dieser weiter fort, wobei die Anzahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge den höchsten Wert nach 2006 erreicht (Tabelle 14). Dabei reduziert sich in der dualen Berufsbildung die Teilnahme der Schweizerinnen und Schweizer leicht, während mehr Lernende mit ausländischem Pass eine Ausbildung absolvieren (Abschnitt 4.5). Die Chancen der Basler Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf dem Lehrstellenmarkt haben sich – nicht zuletzt wegen dem relativ grossen Angebot an Attestlehrstellen – verbessert und stehen insgesamt gut. Es gibt derzeit vermehrt Lehrbetriebe, die anspruchsvolle Ausbildungen anbieten, welche Mühe bekunden, ihre Lehrstellen zu besetzen. Dabei ist die Situation im Kanton Basel-Stadt aber weniger prekär als in anderen Kantonen.

Aufgrund dieser Sachverhalte ist die Durchführung einer Lehrstellenkampagne im engeren Sinn nicht angezeigt (vgl. Tabelle 14). Hingegen sind seit Januar 2012 im Rahmen des Projekts zur Förderung der Berufsbildung Massnahmen zur Förderung der Berufslehre in Kombination mit der Berufsmaturität im Gang und sollen weiter fortgesetzt werden (siehe folgender Abschnitt 6.2).

**Tab. 14: Kanton Basel-Stadt, Wohnbevölkerung im Alter von 15–19 Jahren und neu abgeschlossene Lehrverträge, Veränderung pro Vierjahresperiode**

	2004-07	2005-08	2006-09	2007-10	2008-11	2009-12	2010-13
<b>Wohnbevölkerung 15–19 Jahre</b>							
Anzahl (Summe 4 Jahre)	34'358	34'223	34'067	33'792	33'415	32'910	32'452
Durchschnittliche Anzahl pro Jahr	8'590	8'556	8'517	8'448	8'354	8'228	8'113
Veränderung (in %)	0	0	0	-0.81	-1.11	-1.51	-1.39
<b>Neu abgeschlossene Lehrverträge</b>							
Anzahl (Summe 4 Jahre)	7'411	7'607	7'763	7'795	7'844	7'770	7'817
Durchschnittliche Anzahl pro Jahr	1'853	1'902	1'941	1'949	1'961	1'943	1'954
Veränderung (in %)	4.72	2.64	2.05	0.41	0.62	-0.94	+0.60
<b>Lehrstellenkampagne</b>							
Indiziert							
Nicht indiziert	x	x	x	x	x	x	x

Quellen: Statistisches Jahrbuch Basel-Stadt 2013; ED / Lehraufsicht, Zahlen zur Berufsbildung

## 6.2 Förderung der Berufsbildung

Nach Phasen kräftigen Wirtschaftswachstums sowie jahrelanger intensiver Lehrstellenförderung durch den Kanton in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern herrscht zurzeit in Basel-Stadt ein Höchststand an Lehrstellen. Der Fokus wurde auf die Förderung des neuen Ausbildungstyps mit eidg. Berufsattest gelegt. Von 2005 bis 2008 nahmen bei mehr oder weniger konstanten Schulabgängerzahlen die Eintritte von baselstädtischen Jugendlichen in die Berufslehren zu, vor allem dank dem wachsenden Angebot an Attestlehrstellen. Eine stärkere Zunahme war aber auch bei den Eintritten von Jugendlichen mit Wohnsitz in Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und dem benachbarten Ausland zu beobachten.

Die Prognosen gehen von einer wachsenden Wirtschaft aus bei gleichzeitig demografisch bedingtem Rückgang der Eintritte von Lernenden in die berufliche Grundbildung. Teile der Wirtschaft haben bisher schon und werden künftig vermutlich noch mehr Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, besonders solche mit hohen Anforderungen. Wenn dieser Zustand andauert, ist zu erwarten, dass solche Lehrstellen nicht mehr mit Abgängerinnen und Abgängern aus der obligatorischen Schule besetzt werden oder aus dem Angebot verschwinden.

Besonders in Basel-Stadt ziehen viele Eltern den Bildungsweg über eine Berufslehre für ihre Kinder gar nicht in Betracht. Es herrscht immer noch die Meinung vor, diese führe in eine Sackgasse, was jedoch mit der Berufsmaturität als Königsweg zur Fachhochschule sowie der Passerelle zur Universität schon seit Jahren nicht mehr der Fall ist. Das vom Kanton zur Verfügung gestellte 10. Schuljahr «Basis plus», das Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus dem E-Zug der WBS nutzen, wenn sie den Notendurchschnitt für den Eintritt in eine Mittelschule noch nicht erreicht haben, ist der angestrebten Haltungsänderung nicht förderlich. Zu viele Jugendliche treten in Mittelschulen ein, erleiden Schiffbruch oder ergreifen später gar kein Studium.

In dieser Situation hat sich das Erziehungsdepartement dazu entschieden, nicht mehr eine klassische Kampagne zur Schaffung von mehr Lehrstellen zu führen, sondern von 2010 bis 2013 ein mehrteiliges Massnahmenpaket zur Förderung der dualen Berufsbildung mit Fokus Berufsmatur durchzuführen:

**Teilprojekt 1:** Die Elterninformation zum Thema Berufswahl der Kinder und Gleichwertigkeit der Bildungswege soll früher beginnen, nämlich im siebten Schuljahr der Volksschule. Seit 2010 führt die Fachstelle Berufsberatung in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und Klassenlehrpersonen jeden Herbst in allen dritten Klassen an den Orientierungsschulen (OS) obligatorische Elternabende mit Beteiligung der Schülerinnen und Schüler durch.


**Teilprojekt 2:** Die Lehrpersonen der Sekundarstufe I sollen in Weiterbildungsveranstaltungen ihre Kenntnisse der Berufsbildung auffrischen können und bezüglich der Gleichwertigkeit der nachobligatorischen Bildungswege, des schulischen und des berufspraktischen (mit Berufsmaturität), sensibilisiert werden. Kernbotschaft: Beide Wege führen zu einem Hochschulstudium. Ein solcher Anlass wurde von der Fachstelle Berufsberatung im Spätsommer 2010 durchgeführt, eine Wiederholung wird geprüft.

**Teilprojekt 3:** Eine breit angelegte Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» soll die Wirkung der beiden anderen Teilprojekte unterstützen und verstärken. Sie besteht aus einer Publizitätskampagne, einem attraktiven Begleitprogramm für verschiedene Zielgruppen und der Förderung von Lehrstellen mit Berufsmatur in ausgewählten Branchen. Die Kampagne wurde im Januar 2012 gestartet und dauerte bis Ende 2013.

## 7. Antrag

Wir beantragen dem Grossen Rat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin